

Posener Zeitung.

Neunziger Jahrgang.

Jr. 31.

Sonnabend, 13. Januar.

Annoncen-
Annahme-Bureaus.
 In Berlin, Breslau,
 Dresden, Frankfurt a. M.,
 Hamburg, Leipzig, München,
 Stettin, Stuttgart, Wien:
 bei G. F. Dauke & Co.,
 Haasestein & Vogler,
 Rudolph Mosse.
 In Berlin, Dresden, Görlitz
 beim „Invalidendank“.

Inserate 20 Pf. die geschäftsähnliche Beiträge über bereit
 Raum, Reklame verhältnismäßig höher, sind an die
 Expedition zu senden und werden für die am fol-
 genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
 5 Uhr Nachmittags angenommen.

1883.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4,- Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 40 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Amtliches.

Berlin, 12. Januar. Der Kaiser hat den Legations-Rath v. Alvensleben, seitherigen Gesandten in Darmstadt, zu Allerhöchstthrem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am niederländischen Hof ernannt.

Der König hat den bisherigen ordentlichen Professor der Universität Basel, Dr. Raftan zum ordentlichen Professor in der theologischen Fakultät der Universität Berlin, sowie den Gerichtsassessor v. Saucken zum Staatsanwalt, und den Gerichtsassessor Wagner zum Amtsrichter ernannt; ferner dem Amtsrichter v. Dassel in Büchow den Charakter als Amtsgerichts-Rath verliehen, und der Wahl des Gymnasial-Direktors Dr. Kirchner zu Ratibor zum Direktor des Realgymnasiums zu Düsseldorf die Bestätigung ertheilt.

Der Rechtsanwalt Reinbacher in Lyc ist zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Königsberg mit Anweisung seines Wohnsitzes in Lyc, der Rechtsanwalt Partenay zu Barth zum Notar im Bezirk des Ober-Landesgerichts zu Stettin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Barth, die Rechtsanwälte Dr. Gasperi und Dr. v. Ihell zu Frankfurt a. M. sind zu Notaren im Bezirk des Ober-Landesgerichts bestellt, mit Auschluss der Hohenloher Lande, unter Anweisung ihres Wohnsitzes in Frankfurt a. M. ernannt worden.

Der König hat den Vize-Admiral z. D. Sachmann und den Major a. D. Landstallmeister Sachmann in den Adelstand erhoben und dem Attache im Auswärtigen Amte beschäftigten Grafen Wolff-Metternich die Kammerjunker-Würde verliehen.

Deutscher Reichstag.

31. Sitzung.

Berlin, 12. Januar. Am Tische des Bundesraths: von Scheling, Scholz, Burchard.

Präsident von Levetzow eröffnet die Sitzung um 1½ Uhr.

Der erste Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des folgenden Antrages der Abg. Dr. Hirsch, Dr. Baumhach und Dr. Blum: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu erluchen, dahin zu wirken, daß diejenigen Vorschriften baldigst erlassen werden, welche nach § 120 Abs. 3 des Gesetzes vom 17. Juli 1878, betr. die Abänderung der Gewerbeordnung, zu thunlichster Sicherheit gegen Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter, durch Beschluß des Bundesraths erlassen werden können.“

Abg. Dr. Hirsch: Die Gewerbeordnungsnovelle vom Jahre 1878 hat dem Bundesrat die Vollmacht zum Erlass von Vorschriften, betreffend die Sicherung von Gesundheit und Leben der Arbeiter ertheilt und im Jahre 1879 wurde auch bereits ein Entwurf darüber ausgearbeitet und von einer besonderen Kommission von Sachverständigen und Arbeitgebern durchberaten. Der Reichskanzler jedoch hat dem Bundesrat gegenüber Bedenken gegen diesen Entwurf erhoben, so daß der selbe „unter den Tisch“ gekommen ist und seiner nicht mehr Erwähnung gethan wurde. In den Erfahrungen der Zwischenzeit liegt eine Rechtfertigung dieser Bedenken nicht vor. Indessen hat die staatliche Untersuchung erwiesen, daß im Jahre 1880 1986 Arbeiter durch Betriebsunfälle ihren Tod gefunden haben. Wie viel Noth und Elend liegt in dieser Ziffer und welche materielle Schädigung, da diese Unfälle das Reich jährlich mit 16.500.000 Mark belasten! — Die Frage, ob es wirklich in größerem Umfange möglich sei, wirksame Maßregeln einzuführen, besteht für die Sachverständigen überhaupt dagegen zu treffen, bestehend für die Sachverständigen überhaupt nicht. Aus allen Berichten der Fabrikinspektoren aller Länder geht unzweifelhaft diese Möglichkeit hervor. Wenn diese weiter zugeben, daß in unzähligen Fällen die Anbringung von Schutzvorrichungen verhindert ist, wenn trotzdem im Gebiete des ganzen Reiches fast niemals eine Bestrafung dafür erfolgt ist, so zeugt das doch für die Schwere des Notstandes. Es wird nun ferner geltend gemacht, daß gesetzliche Vorschriften nicht das geeignete Mittel zur Vorbeugung sind, daß ja Fabrikinspektoren dazu angestellt seien, wirtschaftliche Maßregeln herbeizuführen. Aber um durch ihre Anordnungen geeignete Maßregeln herbeizuführen. Über in ihrem Bericht bestreiten doch die Fabrikinspektoren selbst, daß sie allein im Stande sind, den Missständen abzuheben. Sie sind in viel zu geringer Zahl vorhanden, als daß sie auch nur einmal jährlich alle gewerblichen Etablissements ihres Bezirks besuchen und prüfen könnten. Dazu kommt, daß diese Beamten in Bezug auf ihre Fähigkeiten und Energie sehr verschieden sind, was aus den Berichten selbst hervorgeht. In dem Inspektionsbezirk Leipzig z. B. hat der Inspector vor dem Jahre 1880 solcher Anordnungen getroffen, während in anderen Gebieten fast gar nichts verfügt worden ist. Auch haben die Fabrikinspektoren nicht die Macht, die Ausführung ihrer Verordnungen zu erzwingen und sie sprechen deshalb selbst den Wunsch nach allgemeinen bindenden Verordnungen aus. Man weiß ferner aus dem Bericht der freien Vereinigung der Arbeitgeber zum Schutz der Arbeiter hin. Allein über jetzt gibt es erst eine solche Korporation in Mühlhausen i. E. Aber selbst wenn sie sich über ganz Deutschland erstrecken würden, wären sie nicht im Stande, gesetzliche Maßregeln zu ersezzen. Wenn man endlich uns auf das Arbeiter-Unfallversicherungsgesetz des Reichskanzlers vertröfftet, so ist das Zustandekommen dieses Gesetzes noch unabiebar. Hat doch selbst die englische Fabrikgesetzgebung solche Bestimmungen getroffen, während sie sonst der freien Selbstbestimmung so großen Spielraum läßt. Freilich müssen höhere Rücksichten dabei nicht außer Acht gelassen werden, es müßte unterschieden werden namentlich zwischen alten und neuen Anlagen Streitigkeiten zwischen dem Inspector und dem Anlagebesitzer können sehr leicht von einem Schiedsrichter beigelegt werden. Bei aller Rücksicht auf das Prospieren der Produktion muß doch auf die Persönlichkeit die höchste Rücksicht genommen werden. Die erste Auflage der zivilistischen Gesellschaft ist der Schutz des einzelnen. In der späteren Botschaft wurde ausgesprochen die höchste Aufgabe des Reiches sei, den sozialen Frieden durch positive Maßregeln zu schaffen. Hier ist ein Gebiet dafür, hier liegt die Möglichkeit vor, durch das Zusammenwirken aller Parteien dem Wohle des Arbeiters die verdiente Förderung zu Theil werden zu lassen.

Geb. Rath Lohmann erwidert, daß die Regierungskommissarien in der Kommissionsberathung der Gewerbenovelle gegen § 120 derselben erheblichen Widerspruch erhoben, daß die Regierung aber ihn schließlich angenommen habe, weil es sich hier doch schließlich nur um eine Befugnis und nicht um eine Verpflichtung des Bundesrates handele. Gleichwohl sei man an die Ausführung dieser Bestimmung gegangen und habe dem Bundesrat eine Vorlage hierüber unterbreitet, die je-

doch keine günstige Aufnahme gefunden, weil man fürchtete, generelle gesetzliche Vorschriften würden den Ruin manches Fabrikzweiges zur Folge haben. Eine Bestrafung des Anlagebesitzers seye voraus, daß die Frage, ob die betreffende Maßregel zum Schutz des Arbeiters eine nothwendige war, gerichtlich entschieden werden kann. Über diese Frage gingen aber die Ansichten so weit auseinander, daß man auf dem Wege der Gesetzgebung ein neues Verfahren einführen müsse, welches auch dem Unternehmer gerecht würde. Die nahe Beziehung des vorliegenden Gegenstandes zu dem Arbeiterunfallgesetz habe in diesem schon ihren Ausdruck gefunden, indem die gewerbliche Selbstverwaltung auf einem Gebiete gewahrt wurde, wo der Staat mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hätte. Die Reichsregierung glaube, nicht eher weitere Schritte thun zu sollen, bis das Schicksal dieses Gesetzes entschieden sei.

Abg. Stolle (Sozialdemokrat) tritt für den Antrag ein. Er weist auf die großen Armenlasten vieler Gemeinden hin, die, wie die Regierung anerkennt, eine Folge des Unangemessenen Haftpflichtgesetzes ist. Diesem Nebelstande müßte endlich abgeholfen werden; nach den eben gehörten Erklärungen sei jedoch wenig Aussicht dafür vorhanden. Das durch derartige positive Bestimmungen ganze Fabrikzweige zu Grunde gehen würden, sei nicht zu befürchten, da es auch in anderen Ländern nicht geschehen sei. Man sollte energisch mit einer Abänderung des Haftpflichtgesetzes vorgehen, denn dieses lasse den Urheber eines Unfalls häufig frei und gewähre dem Beschädigten in vielen Fällen gar keine Hilfe. Die Anordnungen der Fabrikinspektoren könnten niemals den Werth eines Gesetzes haben. Grade die letzten Grubenunglücksfälle bewiesen die Nothwendigkeit gesetzlicher Maßregeln. Hier müsse der Zwang helfen, hier dürfe die Regierung sich nicht hinter die Ausreden flüchten, sie nehme Rücksicht auf die Wünsche des Publikums.

Abg. Ebert (Freitron.) hält Sicherungsmaßregeln zum Wohle der Arbeiter ebenfalls für nothwendig, ist sich jedoch nicht klar, ob ein Gesetz der geeignete Weg für deren Einführung sei. In Sachsen gebe es solche positiven Vorschriften, ob diese aber viel genutzt, sei noch zweifelhaft. Dagegen wirke hier das Institut der Fabrikinspektoren sehr günstig. Am vortheilhaftesten wäre es, die Vollmachten der Fabrikinspektoren zu erweitern, von gesetzlichen Bestimmungen aber abzusehn.

Abg. Dr. Blum stimmt dem Antrage auf Einführung gesetzlicher Verordnungen zu, weil es heute ganz von der Persönlichkeit des Arbeitgebers abhängt, ob die Schutzvorschriften ausgeführt werden oder nicht. Auch müßte man die steigende Armenlast der Kommunen berücksichtigen. Die Unzulänglichkeit des Verfahrens zur Regelung von Streitigkeiten auf diesem Gebiete sei gerade dadurch hervorgerufen, daß ein objektiver Maßstab fehlt. Erst wenn genaue Bestimmungen vorlägen, könnte genau festgestellt werden, ob eine strafbare Handlung oder Unterlassung vorliege oder nicht. Es sei also die höchste Zeit, wenigstens in den dringendsten Fällen Vorschriften zu erlassen.

Darauf wird die Debatte geschlossen und nach einem Schlußworte des Abg. Dr. Baumhach, welcher namenlich auf die Krankheitsfrage und die hohe Sterblichkeitsziffer der Fabrikarbeiter hinweist, der Antrag Hirsch fast einstimmig angenommen.

Es folgt die Berathung des von den Abgg. Graf v. Behr-Neindank und Genossen eingebrachten Entwurfs, betr. die Abänderung des Zolltarifs vom 15. Juli 1879, die feiermäßige eingehörte Schlemmkreide mit einem Zoll von 1 M. zu belegen.

Der Antragsteller motiviert seinen Vorschlag mit der Nothwendigkeit einen Schutz gegen die Einfuhr der Schlemmkreide aus Schwerin für die ohnehin nicht glänzend gestellte Rügener Industrie zu schaffen.

Abg. Dr. Hermess ist bemüht nachzuweisen, daß dieser Schutz nicht erforderlich ist ebenso erklärt sich Staatssekretär Burchard gegen die Zollauflage, worauf der Antrag abgelehnt wird.

Hierauf wird in die Berathung des Antrages des Abg. Koch eingetreten, die Nr. 25 t des Zolltarifs wie folgt abzuändern:

1) Salz (Rohz., Siedz., Stein- und Seesalz) 12,80 M.

Ann: Salz, seewärts eingehend, 12 M.

2) Stoffe, aus welchen Salz ausgeschieden zu werden pflegt, 12 M.

Ann: Solche Stoffe, seewärts eingehend, 11,20 M.

Nach kurzer Diskussion wird der Antrag des Budgetkommission übernommen, worauf sich das Haus bis Sonnabend 2 Uhr vertagt.

Schluß 5 Uhr.

Vom Landtage.

Herrenhaus.

4. Sitzung.

Berlin, 12. Januar. Am Regierungstische: Dr. Friedberg, Dr. Lucius.

Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung kurz nach 12½ Uhr.

Darauf tritt das Haus in die Spezialberathung der Landsgütterordnung für die Provinz Brandenburg ein.

Der Referent, Landrat v. Winterfeld, empfiehlt in längerer Ausführung den von der Kommission fast mit Einstimmigkeit adoptierten Antrag, an Stelle der Höferolle für Brandenburg das Unterrichtsrecht im Falle der Interkantonalen einzuführen. Das Votum des Provinziallandtags sei bekanntlich mit 58 gegen 6 Stimmen in demselben Sinne abgegeben worden. Auf das Zustandekommen des Zivilgesetzbuchs könne man nicht warten, abgesehen davon, daß dieses in seinem erheblichen Theile auf derartige provinzielle Eigentümlichkeiten gar nicht eingehen könne. Ein gleiches, uniformes Erbrecht für das ganze Reich, wie es Herr Adams wolle, würde für das Reich ein Unglück sein.

Fr. v. Landsberg wird für die Kommissionsvorschläge stimmen. Wenn er im westfälischen Provinziallandtag s. B. mit der Einführung der Höferolle sich einverstanden erkläre, so sei dies nur deshalb geschehen, weil sich damals etwas Weiteres nicht habe erreichen lassen. Die Berufung des Justizministers auf die Thatsache, daß in 40 Jahren der Verlust einer Umlistung der Interkantonalenordnung an dem Widerstand der Bauern selbst gezeichnet sei, bilde keinen stichhaltigen Einwand; seit 40 Jahren hätten sich die Ansichten im Bauernstande sehr geändert. Leider hätten die heutigen Wünsche der Bauern in der westfälischen Höfeordnung gar keine Berücksichtigung gefunden. Von dem bürgerlichen Gesetzbuch könne man schon seiner nivellirenden Tendenz halber nichts Ersprechliches auf diesem Gebiete erwarten.

Herr Adams bestreitet, daß das Zivilgesetzbuch für das deutsche

Reich die vom Vorredner bemängelte nivellirende Tendenz verfolge, es habe den gemeinsamen Rahmen für alle lokalen und provinziellen Rechtsgepflogenheiten zu finden. Genau ebenso verfahre die Regierungsvorlage, die innerhalb der allgemein aufgestellten Normen die Freiheit, die Autonomie der Betheiligten durchaus wahre. Materiell bietet auch die Regierungsvorlage Alles, was die Kommission erstrebe.

Graf v. Arnim-Woikenburg tritt mit großer Wärme für die Kommissionsanträge ein, deren Annahme der Provinz Brandenburg einen wirklichen Vortheil verschaffen würde. Unter allen Argumenten, welche für die Stellungnahme der Kommission von Bedeutung gewesen seien, müsse eins hauptsächlich ausschlaggebend wirken, nämlich die erstaunliche, hartnäckige Zähigkeit, mit welcher der märkische Bauernstand seit Jahrhunderten der Joachimica getrost und praktisch das Anerborecht zur Geltung gebracht hätte. Solchen Erscheinungen zur geistlichen Sanktion zu verhelfen, gehöre zu den ersten Aufgaben des Herrenhauses, widerspreche auch keineswegs der Ansicht des Justizministers, daß das Herrenhaus die organische Entwicklung der Rechtsverhältnisse als oberste Rechtschnur betrachten müsse.

Oberbürgermeister Friedensburg (Breslau): Ich halte dafür, daß die Vorläufe der Regierungsvorlage dem Bedürfnis vollständig genügen; jedenfalls ist der Zwang, den die Kommission den Landgutsbesitzern auferlegen will, für letztere das allerstärkste Novum. Der Auspruch des Herrn v. Kleist-Nehrm., daß es sich hier um die Entscheidung handle, ob bei uns römisch oder deutsches Recht herrschen soll, entfernt sich doch von dem Gegenstande allzuweit; diese Entscheidung wird unmöglich bei Gelegenheit einer Provinzialordnung herbeigeführt werden können, da sie zur Kompetenz des Reiches gehört. Ich kann den logischen Sprung, der in dieser Behauptung liegt, nicht mitmachen und bitte um die Annahme der unveränderten Vorlage. (Beifall.)

Graf v. Schulenburg-Beeckendorf vertrahrt die Kommission gegen den indirekt ihr gemachten Vorwurf, als ob mit ihren Beschlüssen eine Bevorwendung des Bauernstandes erstrebt werde.

Minister Dr. Lucius: Ich konstatiere nochmals, daß der märkische Landtag 1880 die Höferolle nicht für ungeeignet erklärt hat, führe ferner an, daß die Landtage von Schlesien und Schleswig-Holstein sich ebenfalls für das Institut der Höferolle ausgesprochen haben. Die Annahme der Kommissionsvorschläge wird wahrscheinlich das Scheitern der Vorlage, wenigstens für diese Session zur Folge haben.

Nachdem noch Fr. v. Patow für die Regierungsvorlage, Graf Brühl für die Kommission das Wort ergriffen haben, wird in einer Abstimmung § 1 der Kommissionsanträge mit 63 gegen 53 Stimmen angenommen.

Ohne Diskussion genehmigt das Haus auch den Rest des Gesetzes und das Gesetz im Ganzen, sowie die Resolution, welche für die vier altmärkischen Kreise eine ähnliche gesetzliche Regelung beantragt.

Der Gelehrtenwert betr. die Kirchenverfassung der evangelischen reformirten Kirche der Provinz Hannover wird en bloc ohne Diskussion angenommen.

Nächste Sitzung Montag 12 Uhr.
 Tagesordnung: Subbaustationsordnung.
 Schluß 3½ Uhr.

Politische Übersicht.

Posen, 13. Januar.

Der Bundesrat, welcher an der Abhaltung einer Plenarsitzung am vergangenen Montag und Dienstag durch die Erkrankung des Staatssekretärs v. Bötticher verhindert war, wird voraussichtlich erst anfangs nächster Woche zu einer solchen zusammenentreten.

Die große Mehrheit, mit welcher die Steuerkommission des Abgeordnetenhauses die Lizenzsteuer abgelehnt hat — nicht einmal die Mitglieder der konservativen Fraktionen stimmten geschlossen für dieselbe —, stellt das schließliche Schicksal dieses Regierungsvorschlags außer Zweifel. Der andere Theil der Vorlage, die Aufhebung der vier untersten Stufen der Klassensteuer wird durch den Beschluß nicht berührt. Sowohl sich die Stellung der Kommission zu dieser Frage bis jetzt übersehen läßt, scheint der Regierungspunkt vollständig auf keiner Seite getheilt zu werden. Für die Aufhebung der zwei untersten Stufen sind bekanntlich alle Parteien. Auch die Konservativen aber scheinen über die Einkommensgrenze von 1000 Mark mit der Steuerbefreiung nicht hinausgehen zu wollen. Dagegen hört man, daß die Regierung bis jetzt an der Grenze von 1200 Mark entschieden festhält. Was die Deckung anlangt, so bildet sich immer mehr Uneinstimmung darüber heraus, daß die beiden Steuererlassen dazu zu verwenden seien, und man ist der Ansicht, daß, wenn hierüber eine Verständigung im Hause zu erzielen gelinge, auch die Regierung schließlich ihre Zustimmung nicht versagen werde.

Der lange erwartete Entwurf eines Reichsverfassungsgesetzes ist, wie der „Berl. Akt.“ erfährt, nunmehr im Reichsamt des Innern fertig gestellt und gegenwärtig dem Reichs-Justizamt mitgetheilt, um die juristische Seite desselben einer Prüfung zu unterziehen. Es ist anzunehmen, daß die Prüfung bereits in kurzer Zeit erfolgt und eine sich nach Maßgabe derselben vielleicht als angezeigt ergebende Abänderung alsbald bewirkt sein wird. Nachdem der Entwurf solcher Gestalt vorläufig seinen Abschluß gefunden, soll derselbe auf ausdrückliche Anordnung des Fürsten Reichskanzlers eine nochmalige Berathung unter Buziehung von Sachverständigen erfahren, um den Entwurf möglichst den Bedürfnissen des Lebens anzupassen. Diese Berathungen werden nach den bisherigen Dispositionen noch in diesem Monate beginnen.

Wie dem „Hannov. Cour.“ aus Berlin geschrieben wird, wären die Verhandlungen zwischen Preußen und Braunschweig über den Ankauf der braunschweigischen Staatsbahnen soweit gediehen, daß der Abschluß nahe bevorstände und vielleicht noch in dieser Session dem Abgeordnetenhaus eine darauf bezügliche Vorlage zugeinge. Nach den bisherigen Ausführungen aus Regierungskreisen glaubte man annehmen zu dürfen, daß der Landtag sich in der laufenden Session nicht mit derartigen Fragen beschäftigen habe.

Der Erfolg der Donau-Konferenz, die im Laufe des Januar in London zusammengetreten soll, scheint nach neuesten Meldungen noch nicht so völlig sichergestellt, wie man nach früheren Berichten anzunehmen berechtigt war. Die Schwierigkeiten mit Rumänien sind noch nicht überwunden. Da Rumänien nicht zu den Signatarmächten des Berliner Vertrages zählt, so hat das Königreich keinen rechtlichen Anspruch auf eine direkte Vertretung auf der Konferenz und könnte dieselbe nur durch die Courtoisie der Mächte zugestanden erhalten. Die englische Regierung hat sich in der That dafür verwendet, daß dem Königreich Rumänien diese Konzession gemacht werde, und wenn Rumänien gleich den übrigen Mächten sich bereit findet, von vornherein die festgestellte Basis der Konferenz zu akzeptieren, so wird seine Theilnahme an der Konferenz auf keinen Widerspruch stoßen. Da Rumänien diese Basis bisher jedoch noch nicht angenommen und seine früheren Einwendungen nicht zurückgezogen hat, so ist es möglich, daß der Zusammentritt der Konferenz, welcher für diesen Monat in Aussicht genommen war, noch für einige Zeit hinausgeschoben werden wird.

Es handelt sich bei diesen Schwierigkeiten namentlich um den Barrère'schen Vorschlag, welcher die Zusammensetzung einer gemischten Kommission zur Überwachung der Strecke Braila-Giserne's Thor bezeichnet. Nach dem Inhalt des Barrère'schen Vorschlags soll diese Kommission aus fünf Mitgliedern bestehen. In Anerkennung ihrer Stellung als Großmacht soll die österreichisch-ungarische Monarchie berufen sein, durch ihren Repräsentanten den ständigen Vorsitz in der Kommission zu führen. Die anderen ständigen Theilnehmer der Kommission sind: die Vertreter Rumäniens, Serbiens und Bulgariens. Als fünftes Mitglied der Kommission würde ein Delegierter der europäischen Donau-Kommission fungiren, welchen die letztere der alphabetischen Reihenfolge nach aus dem Schooße dieser Kommission vertretenen Staaten entsenden wird. Alle beteiligten Staaten hätten Ursache, sich des guten Ausgangs dieser lange schwelenden Frage zu freuen.

In Galizien vollzieht sich nach der Wiener „Presse“ seit einiger Zeit eine Annäherung der Ruthenen an die Polen. In einer Wählerversammlung in Brzezany erklärte unter Anderem Graf Roman Potocki, die Rechte der ruthenischen Kirche und Nationalität zu achten und stets energisch verteidigen zu wollen. Dafür wurde ihm seitens der ruthenischen Wähler einhelliger Dank ausgesprochen. Bei den letzten Wahlen in Galizien haben auch die Ruthenen fast überall gegen die Kandidaten der St. Georgs-Partei gestimmt.

Die „Polit. Korresp.“ meldet aus Belgrad von gestern: Die Skupština hat die Einführung der Verzehrungssteuer für Belgrad abgelehnt. Vom Ministerpräsidenten Piroschanaz wurde in der heutigen Sitzung der Skupština erklärt, daß die Regierung entsprechend den von der Skupština gefassten Beschlüssen, eine Abänderung der Verfaßung vorgeschlagen und zu diesem Behufe die große Skupština einberufen werde. Hierauf wurde die Skupština durch königliches Dekret für geschlossen erklärt, alsbald aber auf morgen zu einer außerordentlichen Session einberufen, in welcher die mit Deutschland und Frankreich vereinbarten Handelsverträge berathen werden sollen. Diese außerordentliche Session dürfte nur einige Tage dauern und voraussichtlich vom Könige mit einer Thronrede geschlossen werden.

Der Petersburger „Regierungsanzeiger“ tritt der Neuflözung der Petersburger (russischen) Zeitung entgegen, welche behauptet hatte, die Machtbefugnisse des Generalgouverneurs von Finnland seien fast auf diejenigen der diplomatischen Vertreter bei den auswärtigen Höfen beschränkt, das Kommando im finnischen Militär werde in finnischer Sprache gegeben, die russischen Schulen in Finnland würden der finnischen Regierung überlassen und Finnland beabsichtige auch die Übergabe der russischen Festungen in Finnland an das finnische Militär zu erwirken. Dem gegenüber erklärt der „Regierungsanzeiger“, es seien keinerlei Beschränkungen der Machtbefugnisse des dortigen Gouverneurs erfolgt. Die Kommandoworte würden russisch gegeben und die russischen Schulen in Finnland ständen unter der Verwaltung eines russischen Schulschultheißen. Gegenwärtig sei die Frage wegen Übergabe derselben an das russische Unterrichtsministerium angeregt. Wegen Übergabe der russischen Festungen herrsche keinerlei Agitation.

Der „Golos“ tritt den Angriffen Katkov's wie der „Nordd. Allg. Ztg.“ entgegen und schreibt bei dieser Gelegenheit: er sei stets gegen den Krieg mit Deutschland gewesen; seine Friedensliebe werde jedoch allein durch seine Liebe zu Russland bestimmt, wie auch durch das Maß seines Vertrauens zu Deutschland, dessen Kriegsbereitschaft seinem Zweifel unterliege. Russland vor Überraschungen seitens des deutsch-österreichischen Bündnisses zu bewahren, werde er für seine Pflicht halten, so lange er existiere.

Über das Ergebnis der Verhandlungen zwischen Russland und dem Vatikan und die politische Bedeutung dieses Ereignisses stellt die „N. Pr. Ztg.“ u. A. folgende Beobachtungen an. Wir gehören keineswegs zu denen, welche die praktische Bedeutung derartiger Maßregeln überschätzen. Mit allen kirchenpolitischen Zugeständnissen wird man die Polen nicht zu Rassieren machen. Wenn wir jedoch die allgemeine Lage ins Auge fassen, wie sie sich ganz fürstlich erst in recht eindrücklicher Beleuchtung dargestellt hat, so werden wir das Vorgehen der russischen Regierung immerhin als einen geschickten

Schachzug anerkennen müssen, der um so größere Aufmerksamkeit verdient, als er den stützen Einfluß gewisser Elemente ahnen läßt, deren letztes Ziel General Skobelev aufdeckte, als er vor nun bald einem Jahre die Polen für den gemeinsamen Kampf gegen das „Germanenthum“ zu begeistern suchte. Allerdings ist der Werth dieses Schachzuges insofern nur ein relativ, als es für diejenigen, welche von ihrem Standpunkte aus kein Interesse daran haben, die russische Politik in Polen Boden gewinnen zu sehen, wohl nicht unmöglich erscheinen kann, denselben durch ein analoges Verfahren wirkungslos zu machen.

Die Pforte hat, wie verlautet, den türkischen Botschafter zu Rom, Musurus Bey, beauftragt, in Folge des letzten Zwischenfalls in Tripolis die Abberufung des dortigen italienischen Konsuls zu verlangen. Die italienische Regierung soll ihre Antwort bis zum Eintreffen des Berichts des Konsuls in Tripolis verschoben haben.

Am Mittwoch hat der englische Geschäftsträger in Konstantinopel dem türkischen Minister des Auswärtigen, Arifi Pascha, die schon angekündigte Note überreicht, in welcher der Pforte Vorschläge bezüglich der militärischen, finanziellen und Gerichtsreorganisation Egyptens gemacht werden. An demselben Tage haben der englische Finanzkontrolleur Colvin und der Kontrollsekretär Ornsford dem Khedive ihr Abschiedsgesuch eingereicht, welches auch angenommen wurde. Mit dem Rücktritt dieser beiden Beamten hat die Finanzkontrolle in der bisherigen Weise ihre Endschafft erreicht. Die „Times“ glaubt annehmen zu dürfen, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England sich herbeiführen lassen werde, indem die englische Regierung in die Aufhebung der Kapitulationen in Tunis einwilligte und das Pariser Kabinett die von England vorgeschlagenen Arrangements bezüglich Egyptens annimmt und sich mit der Aufhebung der Kontrolle einverstanden erklärt. Nach Meldung der „C. T. C.“ aus Alexandrien haben England, Österreich, Deutschland, Belgien und Holland der Verlängerung der Wirksamkeit der internationalen Gerichtshöfe auf ein Jahr zugestimmt. Die Ankündigung von der halbjährigen Rückkehr eines Theils der englischen Besatzungstruppen aus Egypten ist durch Tagesbefehl an die Regimenter widerrufen worden.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 12. Januar. [Die Wiederherstellung der Berufung. Der Gumbinner Konflikt.] Raum der dritte Theil der Mitglieder der fortschrittlichen Reichstagsfraktion hat den heute unter den Namen der Abge. Munkel, Meibauer und Lenzmann eingebrochenen Antrag auf Wiederherstellung der Berufung gegen die im Strafprozeß in erster Instanz ergehenden Urtheile der Strafklammern der Landgerichte unterstützt; wie die drei Antragsteller Rechtsanwälte sind, so ist dieser Stand auch durch die sonstigen Unterschriften unter dem Antrag verhältnismäßig stark vertreten. Dagegen vermisst man fast alle hervorragenden Mitglieder der Fortschrittspartei darunter: weder Haniel, noch Richter (Hagen), weder Birchow, noch Klopz hat unterzeichnet. Als eigentliche Parteischweine scheint der Antrag danach nicht behandelt zu werden, und er ist ja seiner Natur nach dazu auch kaum angehängt; in allen Parteien hat die Wiederherstellung der Berufung Freunde und Gegner. Im Allgemeinen ist nicht zu leugnen, daß eine gewisse populäre Strömung zu Gunsten des Antrags vorhanden ist: eine Anzahl Kriminalfälle, in welchen die Irrigkeit von Strafklammer Urtheilen erster Instanz Aufsehen machte, dann die auffallende Verschiedenheit, welche mehrfach in Prozeßprozessen sich bei der Aburtheilung des nämlichen Vergehens in den Erkenntnissen verschiedener Gerichte befand, hat der Ansicht, daß die Abschaffung der Berufung ein Fehler gewesen, manche neue Anhänger zugeführt. Indes es ist andererseits doch sehr fraglich, ob auch nun alle die, welche bei der Verathung der Reichs-Justiz-Gesetze gegen die Abschaffung der Berufung waren — Herr Windthorst z. B. gehörte dazu —, jetzt nach erster Erfahrung mit den an die Stelle der Berufung getretenen neuen Einrichtungen, zur Vornahme einer so prinzipiellen Änderung, wie die von den Herren Munkel und Genossen beantragte, bereit sein werden. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß die begründet ercheinenden Beschwerden nicht so zahlreich seien, um eine so schleunige Abänderung zu erfordern, daß ferner auch gegen die verschiedenartige Aburtheilung derselben Vergehens durch verschiedene Berufungsgerichte ebenso wenig Garantie vorhanden sein würde, wie jetzt gegen von einander abweichende Urtheile der Strafklammern, und daß man sich auch noch andere Mittel der Abhilfe in dem Hauptpunkte denken könne, z. B. durch bessere Ausstattung der Voruntersuchung. An einen unmittelbaren Erfolg des Antrags ist selbstverständlich nicht zu denken; der Reichstag wird sich wohl kaum zu mehr, als zu einer Aufforderung an die Regierung, eine Untersuchung zu veranstalten, verstehen, und die Zusage einer solchen wird sicher das Neuerste sein, wozu die Regierung sich gegenwärtig herbeilassen wird. — Bei der bevorstehenden ersten Lesung der Puttlamer'schen Verwaltungsgefechtswürfe im Abgeordnetenhaus dürfte der Gumbinner Konflikt wegen der Vertretung des Landrats — ob durch einen gewählten Kreisdeputirten oder durch einen Kommissar der Regierung — zur Gröterung gebracht werden. Es wird dabei aber wohl klüger sein, die politische Frage in den Vordergrund zu stellen, warum liberalen Kreisdeputirten die den konservativen unbedenklich übertragene Vertretung nicht anvertraut wird, als den Rechtsanspruch allzu sehr zu betonen. Dieser ist in der That nicht so unzweifelhaft, wie die Nächstbeteiligten annehmen; dagegen ist die Beiseiteziehung der liberalen, vom Oberpräsidenten besetzten Kreisdeputirten bezeichnend für Herrn v. Puttlamer's Auffassung von Selbstverwaltung.

— Der Kaiser wird den Präsidenten des Reichstags von Leuchow und die Deputation, bestehend aus den Abge. August Reichensperger, Dr. Thilenius, v. Löw, Bolza und Dr. Blum am Sonnabend Nachmittags 12½ Uhr zur Audienz empfangen.

Paris, 10. Januar. Das in der gestrigen Sitzung des Zuchtpolizeigerichts von Lyon vorgenommene Verhör des Fürsten Kräpofkin ist von allgemeinem Interesse.

Präsident: Sie sind der Chefredakteur des „Révolte“? Kräpofkin: Ich glaube nicht, daß ein französischer Richter das Recht habe, über ein Schweizer Blatt Fragen zu stellen. Präf.: Sie haben nicht das Recht, so zu antworten. Kr.: Die Regierung konnte das Blatt in Frankreich verbieten. Präf.: Auf dem Londoner Kongreß haben Sie für die Vernichtung des Eigentums und der anarchistischen Organisation gesprochen. Sie waren der Abgeordnete des Blattes „Révolte“, welches Ihre Rede wiedergab. Kr.: Ich wiederhole, daß ein französischer Richter sich um die Reise des Abgeordneten eines Schweizer Blattes nicht zu kümmern hat. Der Präsident trägt lange Auszüge aus der Rede Kräpofkins vor und sagt dann: Sie predigten die Zersetzung und den Mord. Kr.: Das Wort Mord kommt in meiner Rede nicht vor. Präf.: Sie vertraten im Londoner Kongreß die Lyoner Föderation. Kr.: Ich vertrat das Blatt „La Révolte“. Ich übernahm die Lyoner Föderation über die Verhandlungen zu unterrichten und las in ihrem Namen einen Bericht über die Lage der anarchistischen Partei in Lyon. Der Präsident liest eine Rede des Angeklagten vor, worin er von der Wiederherstellung des internationalen Arbeiterverbandes spricht. Kr.: Ich vertheidige entschlossen die Vertretung der Arbeiter durch sie selbst. Präf.: Sie sprachen von der Gründung eines internationalen Verbandes, einer internationalen Korrespondenz. Es war darin auch die Rede von der Anwendung des Dynamits und anderer ähnlicher Mittel. Kr.: Auf dem Kongreß verlangten mehrere junge Leute, die wir nur wenig kannten, eine Prüfung der chemischen Mittel; ich befämpfte diesen Antrag. Ich sagte, daß diese Technologie für das Volk unnütz sei, wenn aber ein Volk in die Notwendigkeit verkehrt sei, zu Dynamit seine Zuflucht zu nehmen, so gebrauche es denselben. ohne daß Studien notwendig seien. Präf.: Was nennen Sie Notwendigkeit? Kr.: Als Beispiel führe ich die Lage an, die in Russland bestand, als Vera Sashitsch auf Trepow schoß, welche Handlung in Frankreich allgemein gebilligt wurde. Präf.: Ich erhebe mit Entrüstung Einspruch gegen diese Bebauung. Die Anarchisten ausgenommen, kann Niemand in diesen Saale diese Handlungswise billigen. Kr.: Entschuldigen Sie; als Richter müssen Sie die Sache der Geschworenen achten. Es ist Ihnen ohne Zweifel uns bekannt, daß Vera Sashitsch von den Geschworenen freigesprochen wurde. (Große Erregung.) Präf.: Sie wurden aus der Schweiz ausgewiesen, weil Sie sich am Londoner Kongreß von 1881 beteiligten. Kr.: Dies ist ein Irrthum. Ich wurde auf das Verlangen der russischen Regierung ausgewiesen, weil ich die Rühmheit gehabt hatte, mit Erwähnung der Polizei an den Mauern von Gens Zettel anschlagen zu lassen, welche gegen das Aufhängen der Sophie Perovskaja und fünf anderer Verurteilten protestierten. Der Berichterstatter der „Daily News“ sagt über diesen Fall: „Ich habe Hinrichtungen in Kleinstadt gesehen, aber niemals machte man sich einer solchen Barbarei schuldig.“ Ein deutscher Journalist schrieb, er habe „nie etwas so Infames“ gesehen. Präf.: Sie kamen alsdann nach Thonon in Frankreich. Sie standen in formabrechenden Beziehungen mit den Anarchisten von Lyon, Vienne, St. Etienne. Sie besuchten oft diese Städte. Kr.: Ich wurde von einer Bande Spiegel begleitet, die mich keinen Augenblick verließ. Präf.: Ich werde nicht gestatten, daß man in dieser Weise von der französischen Polizei spricht. Kr.: Es handelt sich nicht um die Polizei; Polizei ist Polizei, und Spiegel sind Spiegel. Ich sprach über die Anarchie und gegen das allgemeine Stimmrecht vor 200 Personen; ich hielt an verschiedenen Orten Vorlesungen, und nicht alle Zuhörer waren Anarchisten. — Nach dem Verhör Kräpofkins kam es zu einem stürmischen Zwischenfall. Bordat, einer der Hauptbeschuldigten, verlangt im Namen von 5 seiner Freunde das Wort und sagt: „Wir sind ohne allen Grund von einem mit dem Orden der Ehrenlegion dekorirten Infanterie-Hauptmann beschimpft worden. Er sagte uns: „Es ist schade, daß ihr nicht in meinen Händen seid; ich habe eure Kameraden von der Kommune tödlich auserichtet, ich würde auch euch tödlich zurückziehen.“ Der Präsident sagt, er habe diese Worte nicht gehört; er würde sie nicht billigen können. Sie können — so sagt er zu den Beschuldigten — Klage beim Staatsanwalt führen.“ De Letris (Advokat) bemerkt, daß der Hauptmann sich zurückgezogen habe. Der Präsident erwidert dem Advokaten, daß er nicht so sprechen dürfe; die Armee gebe immer vorwärts. De Letris drückt seine Bewunderung aus, daß das Gericht nicht sofort einbreite. Der Zwischenfall wird geschlossen. Nachdem noch einige Angeklagte verhört worden, wird die Sitzung aufgehoben. Der Infanterie-Hauptmann tritt hierauf vor den Präsidenten hin, giebt zu, daß er die Worte gesprochen, und sucht sich dadurch zu entschuldigen, daß er Bordat nicht gedroht habe, ihn erschießen zu lassen. Beim Beginn der heutigen Sitzung kam es ebenso zu einem Zwischenfall. Als der Präsident des Gerichtshofes auf seinem Sitz ankam, fand er auf demselben folgenden Brief: „Präsident des Zuchtpolizeigerichts. Wenn Sie verurtheilen, so mögen Sie sich in Acht nehmen! Vérité.“ Der Präsident theilt den Inhalt des Schreibens mit und flügt hinzu: „Ich weiß nicht, ob es sich um einen dummen Witz oder eine wirkliche Drohung handelt. Durch kann sich nicht in das Herz eines Richters einschleichen. Wir werden nach unserm Gewissen das Urtheil fällen.“ Die Vertheidigung schließt sich diesem Protest an. Das Verhör der Angeklagten wurde alsdann wieder aufgenommen.

Es liegt die Befürchtung nahe, daß der ganze Prozeß im Sande verlaufen und der französischen Regierung lediglich eine Niederlage bereiten wird.

Staats- und Volkswirtschaft.

** Köln, 12. Januar. [Domhau lotterie.] Der Hauptgewinn von 75,000 Mark fiel auf Nr. 115,486. 30,000 Mark fielen auf Nr. 304,909, 15,000 Mark auf Nr. 42,895.

Bermisches.

* Der furchtbare Hotelbrand in Milwaukee, über welchen der Telegraph kurz berichtet hat, reicht sich den größten Katastrophen dieser Gattung an, die das neunzehnte Jahrhundert zu verzeichnen hat. Das Feuer brach am Mittwoch, Morgens 4 Uhr aus. Innerhalb zwanzig Minuten war das ganze sechsstöckige Haus ein Flammenmeer. Never 400 Gäste und 100 Angestellte schließen darin. Das Haus fasst 800 Gäste. Das Hotelregister ist verbrannt, daher die genaue Anzahl der Anwesenden unbekannt ist. Dieselben, besonders die in den obersten Stockwerken befindlichen Bediensteten, begannen hinunterzulaufen. Das Publikum konnte nur Soringtücher aufhalten, Neben 60, zumeist der Dienerschaft angehörige Personen erlitten bei dem Hinunterlaufen den Tod. Bis jetzt sind im Ganzen 100 Leichen, davon 32 aus den Trümmern hervorgeholt, konstatiert. Die Damensprünge konnten nur die Nachbarhäuser retten, für das Hotel nichts thun. Aus dem 90 englischen Meilen entfernten Chicago eilten drei Sprüche in Zeit von 80 Minuten herbei. Die ungeheure Kälte verzögerte das Wirken der Sprüche. Das Wasser in den Nördern war meist gefroren. Entsetzliche Szenen ereigneten sich. Die Schauspielerin Frau Gilbert, soeben erst verheirathet, verbrannte vor den Augen des Publikums. Der Eigentümer, Mr. Gold, wurde sofort wahnsinnig. Viele Gerettete sind entsetzlich verstümmelt. Über die Entstehungsursache des Brandes war bis gestern Abend nichts bekannt geworden.

Telegraphische Nachrichten.

Karlsruhe, 12. Januar. Der Großherzog empfing heute den russischen Ministerresidenten Koloschin, welcher sein Abberu-

ungsschreiben überreichte. Zu Ehren des bisherigen Ministerresidenten, der hierfür auch von der Frau Großherzogin empfangen worden war, findet heute Abend ein Diner bei Hofe statt.

Darmstadt, 11. Januar. Die erste Kammer tritt am 19. d. zur Berathung der Nothstandsvorlage zusammen.

Darmstadt, 12. Januar. Die zweite Kammer ist zur Berathung der Nothstandsvorlage auf den 17. Januar einzuberufen worden.

Wien, 12. Januar. Nach Mittheilung der „Neuen freien Presse“ wurde in der heutigen Konferenz der österreichisch-ungarischen, dem deutsch-österreichischen Verbande angehörigen Eisenbahnen die Zuschrift der Verwaltung der preußischen Staatsbahnen vertraulich besprochen, ein meritörischer Beschluss wurde nicht gefasst. Man will jedenfalls mit den preußischen Staatsbahnen verhandeln und soll in 8 Tagen eine verstärkte Konferenz der österreichisch-ungarischen Bahnen die Berathungen fortführen.

Wien, 12. Januar. Die „Neue fr. Presse“ glaubt, daß bei der großen Tragweite des Gegenstandes, welcher in der heutigen Konferenz der österreichisch-ungarischen Eisenbahnen zur Verhandlung steht, kaum anzunehmen sei, daß es heute zu einer meritörischen Beschlusffassung kommen werde. Nach einer unumgänglichen generellen Debatte dürfte vielmehr ein Komitee mit den weiteren Einleitungen betraut werden.

Wien, 12. Januar. Nach einer Mittheilung der Abendblätter findet die Kassationsverhandlung in dem Ringtheaterprozesse am 9. f. M. statt.

Paris, 11. Januar. Die Beisezung der Leiche Gambetta's in Paris soll nächsten Sonnabend erfolgen.

Paris, 12. Januar. Der Senat wählte Peyrat, Salmon und Humbert zu Vizepräsidenten, die Wahl des 4. Vizepräsidenten, der Rechten angehören wird, wurde vertagt. Voraussichtlich wird Batbie gewählt werden. — Der „Français“ nennt General Saussier als Nachfolger Chanzy's in dem Generalkommando über das 10. Armeekorps. — Die Journale halten für wahrscheinlich, daß die ägyptische Frage einer Konferenz unterbreitet werde.

Paris, 12. Januar. In Folge zahlreicher hier vorgenommener Verhaftungen sind die Hauptteilnehmer an den in letzter Zeit vorgekommenen Kirchendiebstählen ermittelt worden. Ein großer Theil der aus dem Schatz der Basilika in St. Denis gehobenen Gegenstände wurde bei Trödlern aufgefunden.

Paris, 12. Januar. Nach Meldungen der „Agence Havas“ aus Wien hätte England als Termint für den Zusammentriff der Konferenz betreffs der Donaufrage den 19. d. vorgeschlagen, Österreich aber darauf den Wunsch ausgesprochen, die Konferenz bis gegen Ende des Monats zu verschieben. — Nach einer weiteren Meldung derselben Agence aus Shanghai sind die Beziehungen zwischen Frankreich und China befriedigende. China wiensche, daß Frankreich dem Piratenwesen in Tonkin ein Ende mache und werde eventuell dazu Hilfe leisten. — Der Bey von Tunis hat 30,000 Frs. für die tunisische Abtheilung in Amsterdam statfindenden Ausstellung gezeichnet.

Lyon, 12. Januar. In dem Prozeß gegen die Anarchisten fuhr der Staatsprokurator heute in seinem Plaidoyer zur Belastung der Angeklagten fort.

London, 11. Januar. Nach aus Sumatra hier eingegangenen Nachrichten vom 5. d. ist daselbst die Cholera ausgebrochen.

London, 12. Januar. Gladstone hütet noch fortwährend das Zimmer, derselbe dürfte, sofern es sein Gesundheitszustand gestattet wird, am nächsten Montag Hawarden verlassen und sich wahrscheinlich nach Cannes begeben.

Petersburg, 12. Januar. Der Kaiser, die Kaiserin und die kaiserliche Familie sind heute Nachmittag hier eingetroffen und haben in dem Anitschkopfpalais Wohnung genommen.

Alexandrien, 11. Januar. Nach Meldung hiesiger Blätter haben England, Österreich, Deutschland, Belgien und Holland der Verlängerung der Wirksamkeit der internationalen Gerichtshöfe auf ein Jahr zugestimmt.

Nairo, 12. Januar. Gerichtsweise verlautet, der bisherige englische Kontrolleur Colvin werde zum Generalinspektor der Finanzen oder Finanzrath der Regierung ernannt werden.

Berantwortlicher Redakteur: C. Fontaine in Posen.
Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Anserate übernimmt die Redaktion keine Berantwortung.

Wetterbericht vom 12. Januar, 8 Uhr Morgens.

D. t.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresmin. reduz. in mm.	Wind.	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	748	SD	6 wolfig	7
Berdeen	755	SSD	6 bedekt	4
Kristiansund	763	OSD	3 wolfenlos	-1
Kopenhagen	765	SD	3 wolfenlos	-2
Helsingør	768	WWW	2 bedekt	-8
Gavankanda	760	WWW	4 wolfenlos	-11
Petersburg	—	—	—	—
Wosten	756	WWW	1 bedekt	-26
Wost	747	S	5 bedekt	9
Brest	749	SSD	3 bedekt	5
Delber	755	O	1 wolfenlos	-3
Salt	761	OD	4 wolfenlos	-4
Emmaburg	760	O	5 wolfenlos	-7
Groenland	764	OSD	4 wolfenlos	-7
Neufahrwasser	767	S	2 wolfenlos	-10
Wessel	764	WWW	4 bedekt	-0
Paris	752	WD	1 wolfig	2
Frankfurter	755	O	3 wolfig	-3
Großrahe	755	SD	2 heiter	-3
Wissboden	758	WD	1 wolfenlos	-2
Würzburg	756	SD	1 halb bedekt	-8
Emmiburg	760	SD	6 wolfenlos	-6
Berlin	761	O	3 wolfenlos	-9
Wien	767	SD	5 wolfenlos	-3
Breslau	764	SD	2 wolfenlos	-10
Neu-Ulm	750	SD	4 Dunst	6
Kien	754	WD	6 Regen	5
—	760	O	5 bedekt	0

¹⁾ Große See.

Skala für die Windstärke:

1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = stief, 8 = sturmisch, 9 = Sturm, 10 = starker Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Füllings von Island bis Ostpreußen, 3. Mittel-Europa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingeteilt.

Übersicht der Witterung.

Die Wetterlage hat sich im Allgemeinen wenig verändert, über Zentral-Europa dauert die meist schwache, nur im Nordwesten teilweise frische, östliche und südöstliche Luftströmung bei trockenem vorwiegend heiterem Wetter fort. In Deutschland hat der Frost fast überall eingenommen; in den östlichen Gebietsteilen herrscht strenge Kälte. Nur im äußersten Nordosten, wo unter Einfluß einer Depression, welche vom hohen Norden kommend, sich nach südostwärts nach dem Innern Russlands fortgespanzt, mäßige westliche Luftströmung eingetreten ist, hat erhebliche Erwärmung stattgefunden, so daß in Memel die Temperatur nur noch wenig unter dem Gefrierpunkt liegt. In der südfranzösischen Küste fielen wieder erhebliche Niederschläge (Sicile 20 Mm. Regen). Deutsche Seewarte.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Januar.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm. 82 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
12. Nachm.	754,8	O	mäßig	-4,5
12. Abends	752,4	O	wolfenlos	-7,0
13. Morn.	752,6	O	mäßig	-7,1

Am 12. Wärme-Maximum: -4,3°C.

Wärme-Minimum: -10,7°

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 12. Januar Morgens 2,48 Meter.

= 12. Mittags 2,38

= 13. Morgens 2,26

Geographische Börsenberichte.

Wolds-Course.

Frankfurt a. M., 12. Januar. (Schluß-Course.) Luhlos. Lond. Wechsel 20,335. Pariser do. 80,775. Wiener do. 170,27. R. M. S. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigshafen 96, R. M. Br. Anth. 126, Reichsbank 101, Reichsbank 146. Darmst. 149, Reininger Br. 94. West.-ung. Br. 703,50. Kreditaktien 247, Silberrente 66. Papierrente 65, Goldrente 84, Ing. Goldrente 72, 1860er Jahre 120, 1864er Jahre 31,70. Unr. 219,80 do. Ost.-Ob. 11, 94, Böhm. Westbahn 242, Elisabethb. —, Nordwestbahn 165. Galizier 250, Franzosen 279, Lombarden 116, Italiener 87, 1877er Russen 87, 1880er Russen 68, II. Orientali. 54, Zentr.-Pacif. 112, Distinto-Kommandit. — III. Orientali. 54, Wiener Bankverein 94, 5% österreichische Papierrente 77, Buschreiter —, Egypt 71, Gotthardbahn 115, Türken 12.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 248, Franzosen 281, Gasier 251, Lombarden 116, II. Orientali. — III. Orientali. —, Egypt —, Gotthardbahn —.

Frankfurt a. M., 12. Januar. Effekten-Cours. Kreditaktien 248, Franzosen 281, Lombarden —, Galizier —, österreich. Silberrente 71, III. Orientali. —, 1880er Russen —, Gotthardbahn 115, Deutsche Bank —, Nordwestbahn —, Elbthal —, Aproz. ungarische Goldrente —, Lothringer Eisenwerke —, Deutsche Bank —. Fest.

Wien, 12. Januar. (Schluß-Course.) Ziernlich fest, geschäftlos. Papierrente 76,85. Silberrente 77,65. Österreich. Goldrente 95,70. 6% ungarische Goldrente 118,25. 4% ungar. Goldrente 85,27, 5% ungar. Papierrente 84,60. 1854er Jahre 118,50. 1860er Jahre 130,25. 1864er Jahre 167,75. Kreditloose 171,50. Ungar. Prämiert. 113,50. Kreditaktien 282,00. Franzosen 327,00. Lombarden 136,00. Galizier 293,25. Reich. Ober. 142,75. Paroubitzer 146,50. Nordwestbahn 193,50. Elisabethbahn 209,00. Nordbahn 271,50. Österreich. ungar. Bank. —, Türk. Jahre 111,00. Ingol. Austr. 113,00. Wiener Bankverein 104,75. Unr. Kredit 271,50. Deutsche Blätze 58,65. Londoner Wechsel 119,50. Pariser do. 47,40. Amsterdam do. 98,70. Napoleon 9,51. Dulaten 5,64. Silber 100,00. Marknoten 58,67. Russische Banknoten 1,16. Lemberg-Zernowitz —. Kronpr. Rudolf 163,75. Franz.-Sofie —, Dres. Bodenbahn —, Böh. Westbahn —, Elbthal. 205,25. Tramway 220,20. Buschreiter —. Österreich. Papier 84,60.

Nachrichten: Ungar. Kreditaktien 272,50. österr. Kreditaktien 281,70. Franzosen 327,30. Lombarden 135,80. 4% ungar. Goldrente 85,27, Galizier 294,00. Elbthal 205,00. Nordbahn —, österr. Papierrente 76,85. 6% ungar. Goldrente 118,25. Schwächer.

Wien, 12. Januar. (Abendbörs.) Ungarische Kreditaktien 272,50. österr. Kreditaktien 282,80. Franzosen 328,10. Lombarden 136,25. Galizier 294,25. Nordwestbahn 194,25. Elbthal 206,75. österr. Papierrente 76,97. do. Goldrente 95,65. ungar. 6 p. C. Goldrente 118,20. do. 4 p. C. Goldrente 85,42. do. 5 p. C. Papierrente 84,75. Marknoten 58,70. Napoleon 9,51. Bankverein 105,00. Fest.

Florenz, 12. Januar. östl. Italien. Rente 88,27. Gold 20,29. Paris, 12. Januar. (Schluß-Course.) Fest.

3% am. amortif. Rente 80,65. 3% do. Rente 79,70. Anleihe de 1872 115,50. Italien. 3% do. Rente 87,15. Österreich. Goldrente 82,4. 6% ungar. Goldrente 118,25. Schwächer.

London, 12. Januar. Consols 101. Italien. 3% do. Rente 87,15. Österreich. Goldrente 82,4. 6% ungar. Goldrente 118,25. Silber 100,00. Marknoten 58,67. Russische Banknoten 1,16. Lemberg-Zernowitz —. Kronpr. Rudolf 163,75. Franz.-Sofie —, Dres. Bodenbahn —, Böh. Westbahn —, Elbthal. 205,25. Tramway 118,20. Buschreiter —. Österreich. Papier 84,60.

Credit mobilier 360,00. Spanier neue 60,3. do. inter. —, Surzanal-Aktie 2282,00. Banque ottomane 735,00. Union gen. —, Credit foncier 132,00. Egypt 361,00. Banque de Paris 1025. Banque de Commerce 545,00. Banque hypothécaire —, Lond. Wechsel 35,22, 5%.

London, 12. Januar. Consols 101. Italien. 3% do. Rente 87,15. Österreich. Goldrente 82,4. 6% ungar. Goldrente 118,25. Silber 100,00. Russen de 1871 88,3. 3% do. Russen de 1872 82,4. 3% do. Russen de 1873 81,5. 3% do. Russen de 1885 118,6. 3% do. Russen de 1891 118,6. 3% do. Russen de 1894 118,6. 3% do. Russen de 1896 118,6. 3% do. Russen de 1898 118,6. 3% do. Russen de 1900 118,6. 3% do. Russen de 1902 118,6. 3% do. Russen de 1904 118,6. 3% do. Russen de 1906 118,6. 3% do. Russen de 1908 118,6. 3% do. Russen de 1910 118,6. 3% do. Russen de 1912 118,6. 3% do. Russen de 1914 118,6. 3% do. Russen de 1916 118,6. 3% do. Russen de 1918 118,6. 3% do. Russen de 1920 118,6. 3% do. Russen de 1922 118,6. 3% do. Russen de 1924 118,6. 3% do. Russen de 1926 118,6. 3% do. Russen de 1928 118,6. 3% do. Russen de 1930 118,6. 3% do. Russen de 1932 118,6. 3% do. Russen de 1934 118,6. 3% do. Russen de 1936 118,6. 3% do. Russen de 1938 118,6. 3% do. Russen de 1940 118,6. 3% do. Russen de 1942 118,6. 3% do. Russen de 1944 118,6. 3% do. Russen de 1946 118,6. 3% do. Russen de 1948 118,6

Produkten-Börse.

Berlin, 12. Januar. Wind: Ost. Wetter: Hell und kalt. Die ziemlich strenge Kälte, derem Einfluss die Saaten schwullos preisgegeben sind, ließ heute neue Hoffnungen auf regeren Handel, verbunden mit Preiseilegerungen, ertheilen; in beiden Beziehungen bot der Verlauf des Marktes Enttäuschung — der Umsatz blieb ohne Belang, und Preisvariationen nicht der Riede wert.

Loko-Wiesen leblos. Für Termine lagen winzige Kaufordnungen, wohl in Folge der Witterung vor; zu wenig gebesserten Kursen fand sich aber mehr als genügendes Angebot, welches schließlich die Oberhand erlangte, so daß der Markt wenig anders als gestern schloß, und dabei war die Haltung eher matt als fest.

Bon Loko-Roggogen räumte sich die schwache Zufuhr zu wenig veränderten Preisen ohne Schwierigkeit. Für den Terminhandel in diesem Artikel findet das oben vom Weizen Berichtete gleichfalls Anwendung. Auch hier wurde durch Gewährung wenig erhöhter Forderungen mehr als genügendes Angebot herangezogen, und schloß der Markt in Folge dessen mit gestrigen Notirungen in matter Haltung.

Loko-Hafer in feiner Ware beachtet, in geringer schwer verkauflich. Termine geschäftslos. Roggenmehl fest. Mais in effektiver Ware seiner Qualität gefragt. Termine still. Rübbi fand nicht die rege Kauflust, wie sie die kalte Witterung erwarten ließ. Wenn auch etwas höhere Preise bezahlt wurden, so fehlte doch jeder „Zug“ im Geschäft. Petroleum wenig verändert.

Spiritus in effektiver Ware mäßig zugeführt, notierte wie gestern. Im Terninenverleih herrschte matte Tendenz und stellten sich alle Sichten nach schwefligem Handel eine Kleinigkeit billiger als gestern.

(Amtlich.) **Weizen** per 1000 Kilogramm loko 140—200 Mark nach Qualität, per diesen Monat — per April-Mai 182,5—182,75 bis 182 bez., per Mai-Juni 184,5—184,25 bezahlt. per Juni-Juli 186,5 bez., per Juli-August 188 bez. Gekündigt — Centner. — Kündigungspreis — Mt. per 1000 Kilogr.

Roggogen per 1000 Kilogramm loko 118—138 nach Qualität, inländischer flammer 118—126, guter 131—134, feiner 135—136 ab Bahn bez., per diesen Monat 137—136,75 bez., per Januar-Februar 136,75—136,5 bez., per Februar-März 137,5—137 bez., per April-Mai 139,5—139,75—139 bez., per Mai-Juni 140—139,5 bez., per Juni-Juli 140,5—141—140,5 bez. Gek. 6,000 Centner. — Kündigungspreis — Mt. per 1000 Kilogramm.

Gerste per 1000 Kilogramm große und kleine 100—200 nach Qualität.

Hafer per 1000 Kilogramm loko 110—153 nach Qualität, per diesen Monat — per April-Mai 124 bez., per Mai-Juni 124,5 nom. — Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mt. per 1000 Kilogr.

Mais loko 135—145 nach Qualität, per diesen Monat — Mt. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mt. per 1000 Kilogramm.

Erbse in Kochware 150—220, Futterware 140—149 per 1000 Kilogramm nach Qualität.

Roggenmehl Nr. 0 und 1 per 100 Kilogramm unversteuert inkl. Sacf per diesen Monat 20,15—20,10 bez., Januar-Februar, Februar-März 20,10—20,05 bez., April-Mai 20,10—20,15—20,10 bez. Mai-Juni 20,20—20,10 bez. — Gekündigt — Ctr.

Weizen in mehl Nr. 0 26,50—25,00, Nr. 0 24,50—23,00, Nr. 0 u. 1 22,50—21,50. — **Roggogen** in mehl Nr. 0 21,50,—20,50, Nr. 0 und 1 20—18,75. — **Gerste** Marken über Notiz bezahlt.

Rübbi per 100 Kilogramm loko mit Sacf —, ohne Sacf —,

per diesen Monat und Januar-Februar 65,7 Mt., per April — Mt. 65,7 Mt., Mai-Juni 65,5 Mt., September-Oktober 61,2 bez.

Petroleum, raffiniertes (Standart white) per Ctr. mit Sacf in Posten von 100 Cr. loko — Mt., per diesen Monat und per Januar-Februar 24,3 Mt., per Februar-März 24,2 bez., per März April 24,2 Mt. — Gekündigt — Ctr.

Spiritus. Per 100 Liter a 100 Prozent = 10,000 Liter per loko ohne Sacf 51,0 bez., loko mit Sacf — Mt. bez., per diesen Monat und der Januar-Februar und per Februar-März 52,1—53 bez., per April-Mai 53,6—53,4 bez., per Mai-Juni 53,8—53,6 bez., per Juni-Juli 54,5—54,4 bez., per Juli-August 55,2—55 bez., per August-September 55,5—55,4 bez., per September 55,7 bez. — Gel-Liter.

Bromberg, 12. Januar. [Bericht der Handelskammer.]

Weizen seine Dual gefragt, hochbunt und glasig feiner 175—188 hellbunt gesunde Qualität 145—165 Mt. abfallende Qualität mit Auswuchs 120—140 Mt. zu Brennereizwecken flamm, bezogen mit starkem Auswuchs 100—115 Mt. — **Roggogen** unverändert loko inländischer feiner 118—120 Mt. mittlere Qualität 115—117 Mt. abfall Qualität 110—112 Mt. — **Gerste** nominell, keine Brauware 125—135 Mt., große u. kleine Rüllergesche 110—120 Mt. Futtergerste 95—105 Mt. — **Hafer** nom. loca feiner 120—125 Mt. geringere Qualität 100—115 Mt. — **Erbse** in Kochware 150—165 Mt. Futterware 120—135 Mt. — **Mais**, **Rüben** und **Karwass** ohne Handel — **Spiritus** pro 100 Liter a 100 Prozent 49.—49,50 Mt. — **Ruhelfurs** 198 Mt.

Fonds- und Aktien-Börse.

Berlin, 12. Januar. Die heutige Börse eröffnete in festerer Gesamthaltung und mit meist etwas besseren Kursen auf spekulativem Gebiet. In dieser Beziehung waren die höheren Notirungen der fremden Börsenplätze von bestimmendem Einfluß. Die Spekulation hielt sich hier aber sehr reservirt und das Geschäft gewann keinen größeren Belang. Sehr bald schwächte sich auch unter überwiegenderem Angebot die Stimmung wieder etwas ab; doch trat um die Mitte der Börsenzeit wieder eine Besetzung ein.

Der Kapitalsmarkt bewahrte gute Festigkeit für heimische solide

Anlagen, und fremde, festen Zins tragende Papiere, konnten sich gut behaupten bei mäßigen Umsägen.

Die Kassenwerthe der übrigen Geschäftszweige blieben ruhig bei meist fester Haltung.

Der Privatdiskont wurde mit 3% Prozent für feinste Briefe notirt. Auf internationalem Gebiet setzten Österreichische Kreditaktien etwas höher ein und gingen mit einigen Schwankungen ziemlich lebhaft um; Franzosen waren fester und ruhig; Lombarden still und andere Österreichische Bahnen fest und ruhig.

Bon fremden Fonds waren Russische Anleihen behauptet, Österreichisch-Ungarische Renten ziemlich fest, Italiener etwas besser.

Deutsche und preußische Staatsfonds verfehrten in fester Haltung ziemlich lebhaft; inländische Eisenbahn-Aktien fest und theilweise gefragt.

Banakalien waren ziemlich fest und ruhig; Diskonto-Kommandit-Anteile fest, Deutsche Bank schwach.

Industriepapiere waren behauptet und ruhig; Montanwertpapiere schwach; Laurahütte und Dortmunder Union fester. Neu eingeführte und zum Kurse von 151 gehandelt wurden die Aktien der Harburgschen Gummi-Aktien-Gesellschaft.

Inländische Eisenbahngesellschaften waren fest und ruhig. Östpreußische Südbahn und Marienburg-Mlawka etwas besser.

Umrechnungs-Tabelle: 1 Dollar = 4,25 Mark. 100 Franks = 80 Mark. 1 Gulden österr. Währung = 2 Mark. 7 Gulden südd. Währung = 12 Mark. 100 Gulden holl. Währung = 170 Mark. 1 Mark Banco = 1,50 Mark. 100 Rubel = 320 Mark. Livre Sterling = 20 Mark.

Wechsel-Kurse.		Ausländische Fonds.		Eisenbahn-Stamm- und Stamm-Prioritäts-Aktien		Dividenden pro 1881.		Berlin-Dresd. St. g.		Berlin-Dresd. St. g.		Dept. Kt. B. (Elisabeth.)		
Amsterdam	100 fl. 8 T. 5	Newyor. St.-Anl.	126,50 G	do.	do.	do.	do.	102,20 bG	102,20 bG	do.	do.	86,00 G	Nord. Bank	100,00 G
Brüssel u. Antwerpen	100 Fr. 8 T. 4	Finnländ. Zooie	48,60 bG	do.	do.	Aachen-Maastrich	52,30 bG	do.	do.	do.	do.	84,90 G	Kraub.-Graz(Bran.).	47,10 bG
London	1 Klr. 8 T. 5	Italienische Rente	88,10 B	do.	do.	Altona-Kieler	228,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	Reich.-P. (S. & R. B.)	10,50 G
Paris	100 Fr. 8 T. 3	Deft. Gold-Rente	81,70 bG	do.	do.	Berlin-Dresden	14,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	Schweiz-Er. N.D.B.	14
Wien, östl. Währ. 8 T. 5	170,40 bG	do.	do.	Berlin-Hamburg	360,00 bG	do.	do.	102,75 bG	102,75 bG	do.	do.	do.	Südl. Bahn (100 J. (Lomb.))	80
Petersb.	100 R. 3 B. 6	do.	do.	Brest-S. Frbg.	103,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Petersb. St. B.	10,75 G
Warsch.	100 R. 8 T. 6	do.	do.	Dortm.-Gron.-E.	57,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Petersb. Dis.-B.	12
Geldsorten und Banknoten.		do.	do.	Berl.-Hamb. I. II. E.	100,75 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Olsben. Spar.-B.	153,50 bG
Sovereign pr. St.	16,20 G	do.	do.	Berl.-P. Magd. A.B.	100,60 B	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Petersb. Dis.-B.	10,75 G
20-Francs-Stück	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Imperialis pr. St.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Engl. Banknoten	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Französ. Banknot.	81,10 G	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Deutsch. Banknot.	170,45 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Russ. Noten 100 R.	198,25 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Binsfuß der Reichsbank.		do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Metzfel. 5% Crt.	Lombard	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Fonds- und Staats-Papiere.		do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Östl. Reichs.-Anl.	101,50 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Kön. Preuß. Anl.	103,90 G	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Staats-Anleihe	101,10 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Staats-Schulds.	98,50 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Kurz- u. Neumärk. Schulds.	99,00 bG	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Beri. Stadt-Döblig.	103,00 B	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Bundes- und Staats-Papiere.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	do.	Pomm. Hyp.-Bl.	41,00 G
Östl. Reichs.-Anl.	101,50 bG	do.	do.	do.	do.									